

Regierung auch noch Atomwaffenschranken gegen die Wiedervereinigung errichten.

Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß die Politik der Deutschen Demokratischen Republik den friedlichen Interessen und dem Friedenswillen der Bevölkerung nicht nur der Deutschen Demokratischen Republik, sondern ganz Deutschlands entspricht.

Unsere Partei ist stets bereit, Delegationen von Organisationen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands Gelegenheit zu geben, an Ort und Stelle die Probleme des sozialistischen Aufbaus kennenzulernen und sich ein wahrhaftiges Bild über das Geleistete zu verschaffen.

Wir möchten Euch, werte Genossen Parteitagsdelegierte, noch unsere Gedanken und Vorschläge für eine erfolgreiche Politik der nationalen Wiedervereinigung unseres Vaterlandes unterbreiten. Führende Repräsentanten der Adenauer-CDU haben zum Ausdruck gebracht, daß sie die Wiedervereinigung Deutschlands nicht wollen, sondern eine Veränderung der Landkarte Europas nach ihren Macht- und Eroberungswünschen anstreben. Durch diese antinationale Politik der Adenauer-Regierung ist die Wiedervereinigungsfrage auf einen toten Punkt gebracht worden.

Auch von Eurer Seite, werte Genossinnen und Genossen, ist wiederholt zum Ausdruck gebracht worden, daß durch die Adenauer-Politik der Weg zur Wiedervereinigung Deutschlands versperrt wurde. Ihr stellt die Forderung nach der „Wiedervereinigung Deutschlands in Frieden und Freiheit“. Eine Wiedervereinigung in Frieden und Freiheit ist aber nur möglich, wenn die atomare Bewaffnung Westdeutschlands verhindert und eine atomwaffenfreie Zone in Europa geschaffen wird. Eine Wiedervereinigung in Frieden und Freiheit erfordert den etappenweisen Abzug der ausländischen Truppen aus den europäischen Ländern und die Ausklammerung der beiden deutschen Staaten aus den bestehenden Militärblöcken, Westdeutschlands aus der NATO und der Deutschen Demokratischen Republik aus dem Warschauer Vertrag.

Wenn die Adenauer-Regierung erklärt, daß die Verantwortung für die Wiedervereinigung Deutschlands bei den Großmächten liege, so ist dies nur der Vorwand, um die Politik der Vertiefung der Spaltung, der atomaren Aufrüstung und der Aggression durchzusetzen. Die Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik wie auch die friedliebende Bevölkerung Westdeutschlands versteht nicht, warum die Führung Eurer Partei diese Auffassung der Adenauer-Regierung unterstützt.